

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0007/06	Datum 11.01.2006
Dezernat: II	FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	24.01.2006	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Finanz- und Grundstücksausschuss	01.03.2006	öffentlich	Beratung
Stadtrat	06.04.2006	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligte Ämter	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel

Jahresabschluss 2004 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2004 der FMG zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - Den Jahresabschluss 2004 mit einer Bilanzsumme von 9.597.719,08 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 782.591,91 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 782.591,91 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2004 geleisteten Zuschüssen in Höhe von 521.000,00 EUR zu verrechnen,
 - den nicht verrechneten Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 261.591,91 EUR durch Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen,
 - dem Geschäftsführer Herrn Peter Fechner sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen,
 - die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 zu bestellen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche Folgekosten/ Folgekosten/ Herstellungskosten)	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
	keine			
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:		
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:			
				Jahr		Euro		Jahr		Euro	
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr				davon Vermögens- haushalt im Jahr							
mit Euro				mit Euro							
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							

federführender FB 02	Sachbearbeiter Frau Brennecke	Unterschrift FBL Herr Zimmermann
-------------------------	----------------------------------	-------------------------------------

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift Herr Czogalla	
-----------------------------------	----------------------------	--

Begründung:

Der Jahresabschluss der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG) für das Geschäftsjahr 2004 erhielt von der PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Zweigniederlassung Magdeburg, einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergab keine Beanstandungen.

Das Geschäftsjahr 2004 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 782.591,91 EUR (Vorjahr: - 761,2 Tsd. EUR) ab.

Grundsätzliche Feststellungen des Abschlussprüfers zur Lageentwicklung und den Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Zur Beurteilung der Lage der FMG macht der Geschäftsführer folgende wesentliche Aussagen:

"Gegenüber dem Vorjahr ist eine leichte Steigerung der Umsatzerlöse aus dem Flugbetrieb zu verzeichnen, die aber ausschließlich auf den Verkauf des neuen Kraftstoffproduktes MOGAS zurückzuführen ist. Der Rückgang der Fluggäste und der Motorflugbewegungen im Berichtsjahr ist in den geringen Aktivitäten der Luftfahrzeuge am Flugplatz Magdeburg begründet. Zudem wirkt sich umsatzhemmend die zu kurze Start- und Landebahn aus, die eine Erreichbarkeit durch größere Luftfahrzeuge nicht zuließ.

Die Verringerung der Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung auf 423 Tsd. EUR sind auf einen geringeren Auslastungsgrad der vermietbaren Objekte und in Insolvenz geratene Mieter zurückzuführen.

Zur Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft merkt er an, dass zur Aufrechterhaltung des Flugplatzbetriebes die Gesellschaft auf Zuschüsse des Gesellschafters angewiesen ist. Die aus hohen Anfangsinvestitionen resultierenden Abschreibungen bestimmen im Wesentlichen die Höhe des derzeitigen Zuschussbedarfs. Dieser liegt im Vergleich zu ähnlichen Flugplätzen der ADV-Mitgliedergruppe RVV unterhalb des Durchschnittswertes.

Die Investitionstätigkeit (143 Tsd. EUR) entfiel auf Grundstückserwerbe im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses, die Zuwegung Anflug 27, die landseitige Zufahrt, den Erwerb des Flugzeugs TU-134 als Ausstellungsstück sowie die Ergänzung von Soft- und Hardware.

Hauptschwerpunkt der Fortbildung war im Berichtsjahr die Aus- und Weiterbildung von feuerwehrtechnischem Personal.

Zum Geschäftsverlauf führt der Geschäftsführer an, dass im Rahmen der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur Erweiterung der Flugplatzanlage weitere Grundstückskaufverträge abgeschlossen wurden. Das Land Sachsen-Anhalt wird sich nicht an der Finanzierung des Ausbaus des Magdeburger Flughafens beteiligen, da eine Anbindung des Verkehrsflughafens Cochstedt an das Luftverkehrsnetz erfolgen soll. Die Gesellschaft ist hier seit Februar 2005 auf Basis eines Dienstleistungsvertrages unterstützend tätig.

Die Ausschreibung von bis zu 74,9 % der Geschäftsanteile an FMG, um Möglichkeiten der privaten Mitfinanzierung des Flugplatzausbaus zu nutzen, führten nicht zur Beteiligung eines privaten Partners.

Im September 2004 beauftragte die Stadt Magdeburg ein Beratungsunternehmen mit der Erstellung eines Gutachtens zur strategischen Weiterentwicklung des Flugplatzes Magdeburg. Auf Basis des Gutachtens wurde im Stadtrat der Beschluss gefasst, den Geschäftszweck der Gesellschaft zu erhalten und den Planfeststellungsbeschluss zu sichern. Zudem steht die Gesellschaft einer gegebenenfalls langfristigen Kooperation als Dienstleister für den Flughafen Cochstedt zur Verfügung.

Zu den wesentlichen Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft führt der Geschäftsführer aus, dass

zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Verbesserung der Ertragslage die Realisierung des Planfeststellungsbeschlusses zwingend erforderlich ist. Zur Weiterentwicklung der touristischen Luftverkehrsprodukte ist die Flugplatzanlage nach Ansicht des Geschäftsführers ebenfalls nicht ausreichend dimensioniert.

Die Nichtumsetzung der Vervollständigung des Investitionsvorhabens Business Airport Magdeburg birgt nach seiner Ansicht die Gefahr, dass am Standort Magdeburg eine weitere Luftverkehrsanlage in Sachsen-Anhalt entsteht, die nicht die bereits getätigten Investitionen rechtfertigt. Die Werthaltigkeit der bereits investierten Anlageteile wäre dadurch in Frage gestellt.

Zudem verweist er darauf, dass durch Terroranschlag und Flugzeugentführung das Haftungsrisiko auch für Betreiber von Landeplätzen in den Vordergrund gerückt ist. Durch Sicherheitsanforderungen der Europäischen Union sind zukünftig nicht unerhebliche Aufwendungen zu erwarten. "

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

„Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.“

Wesentliche Geschäftsvorfälle und bilanzpolitische Maßnahmen

Die Gesellschaft hat unter den immateriellen Vermögensgegenständen betriebsrechtliche Genehmigungen mit 353 Tsd. EUR bilanziert, die als Kosten für das Planfeststellungsverfahren den Ausbau der Start- und Landebahn betreffen. Diese werden nicht abgeschrieben.

Die FMG hat in den letzten Jahren Investitionen größeren Umfangs vorgenommen, die im Hinblick auf die geplanten Ausbauminvestitionen zukünftig eine bessere Auslastung ermöglichen würden. Wird das gesamte Investitionskonzept nicht zu Ende geführt, würde sich aufgrund der aufgebauten Kapazität dann außerplanmäßiger Abwertungsbedarf ergeben. Der Geschäftsführer geht bei der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der bestehenden Beschlüsse nicht von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung der betreffenden Vermögensgegenstände aus, da mit der Weiterführung der Investitionsmaßnahmen gerechnet wird.

Betriebskostenzuschüsse des Geschäftsjahres werden bis zur Beschlussfassung des Stadtrates in den Sonderposten für noch nicht verrechnete Zuwendungen der Stadt Magdeburg eingestellt. Danach werden sie in der Regel mit dem Jahresfehlbetrag des entsprechenden Geschäftsjahres außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet. Nur der nicht durch Zuschüsse gedeckte Teil des Jahresfehlbetrages wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Gesellschaft hat bezüglich einer zukünftig möglichen arbeitsvertraglichen Verpflichtung im Umfang von 206 Tsd. EUR von einer Rückstellungsbildung vorerst Abstand genommen, da sie mit einer tatsächlichen Inanspruchnahme nicht rechnet. Eine Angabe ist aber im Anhang unter den sonstigen finanziellen Verpflichtungen erfolgt.

Im Berichtsjahr wurden der Kapitalrücklage 118 Tsd. EUR zugeführt. Es handelt sich um einen von der Stadt verauslagten Steuererstattungsanspruch, der aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 15. April 2004 der Kapitalrücklage zugeführt wurde.

Analyse des Jahresabschlusses 2004 im Vergleich zum Vorjahr

1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (617,3 Tsd. EUR) auf 589,8 Tsd. EUR. Wesentlich für diese Erlösreduzierung war der Rückgang der Erlöse aus Mieten und Mietnebenkosten (-39 Tsd. EUR). Die Umsatzerlöse setzen sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

	2004	2003
- Erlöse aus Mieten und Mietnebenkosten	423 Tsd. EUR	462 Tsd. EUR
- Erlöse aus Landegebühren	79 Tsd. EUR	86 Tsd. EUR
- Umsatzerlöse aus Unterstellung/Abstellung	31 Tsd. EUR	28 Tsd. EUR
- Prov.-erlöse aus dem Verkauf von Flugkraftstoffen	53 Tsd. EUR	35 Tsd. EUR
- Sonstige	<u>4 Tsd. EUR</u>	<u>6 Tsd. EUR</u>
	590 Tsd. EUR	617 Tsd. EUR

Die Position Sonstige betriebliche Erträge (131,3 Tsd. EUR) verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 41,8 Tsd. EUR. Im Wesentlichen ist diese Verringerung auf niedrigere Erträge aus Veranstaltungen (-20,5 Tsd. EUR) und einer im Vorjahr erfolgten zusätzlichen Erstattung des Landes Sachsen-Anhalt für Hochwasserschäden (-22,0 Tsd. EUR) zurückzuführen. Zu den wesentlichen Positionen der sonstigen betrieblichen Erträge gehören:

	2004	2003
- Zuschuss Luftaufsicht Land SA	60 Tsd. EUR	60 Tsd. EUR
- Zuschuss Luftraum „F“	10 Tsd. EUR	10 Tsd. EUR
- Erträge aus Veranstaltungen	27 Tsd. EUR	48 Tsd. EUR
- Erträge aus d. Auflösung Erschl.-kosten	11 Tsd. EUR	10 Tsd. EUR
- Erstattung Land Sachsen-Anhalt	0 Tsd. EUR	22 Tsd. EUR
- Versicherungsentschädigungen	1 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR
- Weiterberechnungen	8 Tsd. EUR	5 Tsd. EUR
- KFZ-Nutzung	6 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR
- Übrige	8 Tsd. EUR	6 Tsd. EUR

Der Materialaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (228,9 Tsd. EUR) auf 227,8 Tsd. EUR. Die Materialaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Leistungen fremder Dritter zur Unterhaltung des Flugplatzes, Aufwendungen für Versorgungsleistungen sowie Aufwendungen für Kraftstoffe.

Die Personalaufwendungen (683,1 Tsd. EUR) erhöhten sich um 32,0 Tsd. EUR. Löhne und Gehälter fielen dabei in Höhe von 558,7 Tsd. EUR, soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 124,4 Tsd. EUR an. Die Vergütung der Beschäftigten erfolgt nach dem für den Bereich des kommunalen Arbeitgeberverbandes geltenden Bundes-Angestellentarif (BAT) bzw. dem BMTG. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr begründet sich mit einer vereinbarten Abfindungsleistung für eine Mitarbeiterin, die aus dem Unternehmen ausscheiden wird. Im Geschäftsjahr erfolgte zum 01.01.2004 die Angleichung auf 92,5 % des Westniveaus sowie zum 01.01.2004 und 01.05.2004 jeweils eine tarifliche Erhöhung um 1,0 %. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde im Geschäftsjahr von 40 auf 38 Stunden mit Gehaltsanpassung reduziert. Der Personalbestand belief sich im Geschäftsjahr auf 13 vollbeschäftigte Mitarbeiter und einen Geschäftsführer.

Die Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (401,2 Tsd. EUR) auf 380,1 Tsd. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 27,1 Tsd. EUR auf 204,1 Tsd. EUR. Verringerungen gab es insbesondere bei den Veranstaltungsaufwendungen, bei den Werbe- und Reisekosten sowie bei den Rechts- und Beratungsaufwendungen. In anderen Positionen gab es geringfügige Erhöhungen. Zu den wesentlichen Positionen der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehören:

	2004	2003
- Rechts- und Beratungsaufwendungen	61 Tsd. EUR	66 Tsd. EUR
- Zuführung zu Wertberichtigungen	34 Tsd. EUR	19 Tsd. EUR

- Versicherungen, Beiträge und Abgaben	22 Tsd. EUR	25 Tsd. EUR
- Mietleasing	20 Tsd. EUR	22 Tsd. EUR
- Werbe- und Reisekosten	7 Tsd. EUR	22 Tsd. EUR
- Porto/Telefon	9 Tsd. EUR	9 Tsd. EUR
- Ausschreibung Geschäftsanteile	9 Tsd. EUR	0 Tsd. EUR
- Veranstaltungsaufwendungen	0 Tsd. EUR	26 Tsd. EUR

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge umfassen im Geschäftsjahr 2004 in Höhe von 1,5 Tsd. EUR ausschließlich erzielte Kontokorrentzinsen (Vorjahr: 1,5 Tsd. EUR).

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 1,3 Tsd. EUR verminderten sich aufgrund der in 2003 erfolgten Darlehensablösung gegenüber dem Vorjahr um 30 Tsd. EUR.

Die Position Sonstige Steuern in Höhe von 8,8 Tsd. EUR beinhaltet unverändert die Aufwendungen für Grund- und Kraftfahrzeugsteuern.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2004 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 782,6 Tsd. EUR (Vorjahr: -761,2 Tsd. EUR) ab.

2. Bilanz

Aktiva

Die Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ wird in Höhe von 354,7 Tsd. EUR ausgewiesen und beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für das Planfeststellungsverfahren als nicht abschreibungsfähiges immaterielles Wirtschaftsgut.

Die Bilanzposition „Sachanlagen“ entwickelte sich wie folgt:

Stand 01.01.2004	9.367.750,42 EUR
Zugänge	142.208,37 EUR
Abgänge	6,00 EUR
Abschreibungen	<u>377.066,63 EUR</u>
Stand 31.12.2004	9.132.886,16 EUR

Zu den wesentlichen Anlagenzugängen im Geschäftsjahr 2004 zählen:

Grundstückserwerbe (28 Tsd. EUR),
Landseitige Zufahrt Flughafen (86 Tsd. EUR),
Zuwegung Anflug 27 (46 Tsd. EUR).

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten sind um die gewährten Investitionszuschüsse vermindert worden. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat der FMG einen Investitionszuschuss in Höhe von 33,7 Tsd. EUR für Grunderwerb einschließlich Nebenkosten gewährt. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben und im Anschaffungsjahr als Abgang berücksichtigt.

Die Bilanzposition „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (48,5 Tsd. EUR) auf 52,2 Tsd. EUR. Einzelwertberichtigungen für voraussichtlich nicht einbringliche Forderungen bestehen zum 31.12.2004 in Höhe von 44,7 Tsd. EUR. Eine Pauschalwertberichtigung auf den restlichen Forderungsbestand besteht in Höhe von 2 % (0,8 Tsd. EUR).

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ verminderte sich im Geschäftsjahr auf 17,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 91,2 Tsd. EUR). Die Verringerung ergibt sich im Wesentlichen durch die im Vorjahr ausgewiesenen Forderungen aus der Abwicklung mit der Ziegler GmbH (37,0 Tsd. EUR) und der Agenturwarenabrechnung mit der Shell AG (25,9 Tsd. EUR). Des Weiteren verringerte sich gegenüber dem

Vorjahr der Anspruch aus der Umsatzsteuerforderung.

Die Bilanzposition „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ erhöhte sich zum 31.12.2004 im Vergleich zum Vorjahresstichtag (37,6 Tsd. EUR) auf 38,5 Tsd. EUR.

Der aktive „Rechnungsabgrenzungsposten“ (1,5 Tsd. EUR) beinhaltet geleistete Zahlungen für Aufwendungen des Folgejahres.

Die Bilanzsumme verminderte sich im Geschäftsjahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 309,3 Tsd. EUR auf 9.597,7 Tsd. EUR.

Passiva

Das „Eigenkapital“ der Gesellschaft erhöhte sich insgesamt von 7.785,2 Tsd. EUR auf 7.840,3 Tsd. EUR und setzt sich aus folgenden vier Positionen zusammen: Gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage, Verlustvortrag und Jahresfehlbetrag.

Das Gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt unverändert 7.822,8 Tsd. EUR.

Der Kapitalrücklage (1.580,0 Tsd. EUR) wurde im Berichtsjahr gemäß Stadtratsbeschluss Nr. 3021-83(III)04 vom 15.04.2004 der Grunderwerbsteuererstattungsanspruch in Höhe von 118,1 Tsd. EUR zugeführt.

Der Verlustvortrag (779,9 Tsd. EUR) entwickelte sich wie folgt:

Stand 01.01.2004	738,3 Tsd. EUR
abzügl. Verrechnung Jahresfehlbetrag 2002	<u>719,6 Tsd. EUR</u>
verbleibt: nicht verrechneter Verlustvortrag	18,7 Tsd. EUR
zuzügl. Einstellung Jahresfehlbetrag 2003	<u>761,2 Tsd. EUR</u>
Stand 31.12.2004	779,9 Tsd. EUR

Nach Verrechnung des Jahresfehlbetrages 2003 (761,2 Tsd. EUR) mit den erhaltenen Zuschüssen 2003 in Höhe von 751,8 Tsd. EUR verbleibt insgesamt in dieser Position ein nicht verrechneter Betrag in Höhe von 28,1 Tsd. EUR.

Im Berichtsjahr wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 782,6 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Noch nicht verrechnete Zuwendungen der Stadt Magdeburg“ entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Stand am 01.01.2004	1.589,5 Tsd. EUR
abzüglich	
verrechneter Betriebskostenzuschuss 2002	719,6 Tsd. EUR
Einstellung Kapitalrücklage (Grunderwerbsteuer)	118,1 Tsd. EUR
zuzüglich	
erhaltener Betriebskostenzuschuss 2004	<u>521,0 Tsd. EUR</u>
Stand am 31.12.2004	1.272,8 Tsd. EUR

Die Zusammensetzung per 31.12.2004 stellt sich wie folgt dar:

-	Noch nicht verrechneter Betriebskostenzuschuss für das Geschäftsjahr 2003 (gemäß Beschluss Gesellschafterversammlung und SR-Beschluss: Verrechnung in 2005)	751,8 Tsd. EUR
-	noch nicht verrechneter Betriebskostenzuschuss 2004	<u>521,0 Tsd. EUR</u>

Summe 1.272,8 Tsd. EUR

Der Betriebskostenzuschuss 2004 in Höhe von 521,0 Tsd. EUR reicht nicht aus, um den Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 782,6 Tsd. EUR vollständig zu verrechnen. Der Aufsichtsrat hat empfohlen, den nicht verrechneten Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 261,6 Tsd. EUR in voller Höhe durch Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen. Eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ist möglich, da der Zuschuss der Landeshauptstadt zur Darlehenstilgung in 2003 (850,0 Tsd. EUR) in die Kapitalrücklage eingestellt wurde und somit in Folgejahren eine Verrechnung mit Verlusten ermöglicht. Im Berichtsjahr wurden der Kapitalrücklage weitere 118,1 Tsd. EUR (Grundsteuererstattungsanspruch) zugeführt.

Die „Sonstigen Rückstellungen“ verminderten sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr (64,9 Tsd. EUR) um 23,4 Tsd. EUR auf 41,5 Tsd. EUR. Die Rückstellungen betreffen Prüfungs- und Beratungsaufwendungen (23 Tsd. EUR), ausstehende Rechnungen (13 Tsd. EUR), Urlaubsverpflichtungen (3 Tsd. EUR) sowie Berufsgenossenschaftsbeiträge (2 Tsd. EUR).

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ verminderte sich durch Tilgungsleistungen gegenüber dem Vorjahr (15,3 Tsd. EUR) auf 3,1 Tsd. EUR. Der Betrag betrifft ein Darlehen bei der Deutsche Kreditbank AG.

„Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 19,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 48,2 Tsd. EUR) ausgewiesen. Die Position beinhaltet diverse Einzelpositionen.

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 20,5 Tsd. EUR auf 47,8 Tsd. EUR. Die Erhöhung beinhaltet im Wesentlichen eine im Folgejahr zu leistende Abfindungszahlung, die vertraglich im Geschäftsjahr vereinbart wurde.

Der „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ in Höhe von 373,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 383,3 Tsd. EUR) beinhaltet hauptsächlich vereinnahmte Erschließungskosten (369,0 Tsd. EUR), die über die Laufzeit der Erbbaurechtsverträge aufgelöst werden.

3. Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 wurde in der Aufsichtsratssitzung am 23.09.2005 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2004 festzustellen, den Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 782.591,91 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg gewährten Betriebskostenzuschüssen 2004 in Höhe von 521.000,00 EUR zu verrechnen und den verbleibenden nicht verrechneten Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 261.591,91 EUR durch Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen. Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat sollte für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt werden.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 wird die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, vorgeschlagen.

Die Beteiligungsverwaltung schließt sich den Empfehlungen des Aufsichtsrates an.

Das Prüfungsergebnis 2004 einschließlich des Bestätigungsvermerks, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlage beigefügt. Des Weiteren ist der Beschluss des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2004 der FMG vom 23.09.2005 beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache in der Beteiligungsverwaltung des Fachbereiches Finanzservice eingesehen werden.

Anlagen:

1. Bestätigungsvermerk
2. Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung
3. Lagebericht
4. Feststellungen zu § 53 HGrG
5. AR-Beschluss vom 23.09.2005